

Stichworte zur aktuellen politischen Situation in Polen

von

Stephan Raabe

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Warschau, Montag, 28. August 2005

Präsidentenwahlkampf (9./23. Oktober): Tusk an der Spitze

Donald Tusk, Präsidentschaftskandidat und Vorsitzender der Bürgerplattform (PO), dem bisher selbst von den eigenen Parteifreunden kaum reelle Chancen eingeräumt wurden, ist im August unversehens wie Phönix aus der Asche an die Spitze der Umfragen getreten. Im April mit unter 10 % gestartet und zwischenzeitlich nie über 16 % hinausgekommen nimmt Tusk aktuell mit um die 30 % den ersten Platz ein. Ihm folgen der Kandidat der konservativ-sozialen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), **Lech Kaczyński**, und der Kandidat der Linken, **Włodzimierz Cimoszewicz**, mit jeweils um die 20 %, wobei bei einer Stichwahl Tusk jeweils deutlich vor seinen Konkurrenten läge und Kaczyński wiederum vor Cimoszewicz. Parlamentspräsident Cimoszewicz, der im Juli geführt hatte, verlor innerhalb eines Monats über 10 % und hat zudem ein Problem mit seinen Steuerangaben, das ihn belastet. Kaczyński, der auf Plakaten, die ihn im Kreis seiner Familie darstellen, mit der Parole „Familie, Ehrlichkeit, Zukunft“ wirbt, hat in den letzten Monaten als einziger Kandidat beständig über 20 % gelegen. Allerdings sind immer noch fast **30 % der Wähler unentschieden**, wen sie wählen wollen. Deshalb ist bis zum ersten Wahlgang am 9. Oktober ist noch viel Spielraum für Veränderungen, zumal auch die Parlamentswahlen am 25. September die **Präsidentenwahl** beeinflussen werden. Siegt dort die PiS, hat Tusk als liberales Gegengewicht um so bessere Chancen; siegt die PO, kann dies dem PiS-Kandidaten und Stadtpräsident von Warschau, Lech Kaczyński, zugute kommen.

Tusk, der auf Plakaten mit dem Slogan „**Ein Mensch mit Grundsätzen**“ auftritt, hat die etwas ruhigere Urlaubszeit durch eine hohe Medienpräsenz genutzt, durch seine Reise zur polnischen Minderheit nach **Weißrussland** die Initiative ergriffen und durch sein Treffen mit **Angela Merkel** am 16. August in Warschau an außenpolitischer Statur gewonnen. Im be-

wussten Kontrast zum künftigen Koalitionspartner und jetzigen Hauptkonkurrenten PiS will sich die PO in Bezug auf Deutschland und Europa als konstruktive Kraft profilieren, die polnische Interessen in einem guten Verhältnis mit den parteipolitischen Partnern in Europa voranbringen möchte. Dem soll auch das **Treffen der EVP-Fraktion** in Danzig am 1./2. September dienen, das auf Einladung der PO anlässlich des 25. Jubiläums der Solidarność-Bewegung zustande kommt.

Zuvor hatte Tusk bereits auf einer intensiven Wahlkampftour das Land bereist. In einem frischen Fernsehspott zeigt er sich als anständiger Familienvater (Frau und zwei Kinder) mit Nationalbewusstsein, der in schweren Zeiten auch körperlich arbeiten gelernt hat und mit der Geschichte der Solidarność verbunden ist. Vielen, die sich mit der Wahl zwischen dem Altkommunisten Cimoszewicz und dem radikaleren Konservativen Kaczyński schwer tun, erscheint derzeit offensichtlich der zurückhaltende und bodenständige Tusk als eine gute Alternative. Er ist Kaschube und spricht deutsch. In der Partei hat er bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zur Parlamentswahl seine Personalvorstellungen gegenüber **Jan Rokita**, dem Fraktionsvorsitzenden und Premierministerkandidaten, durchgesetzt. So ist der tonangebende Führer der Partei.

Parlamentswahlen (25. September): PO vor PiS

Auch bei den Umfragen zur Parlamentswahl (CBOS) konnte die PO in den letzten Wochen wieder zulegen und den angestrebten Koalitionspartner PiS erstmals seit Mai wieder teilweise übertreffen. Insgesamt liegen PO und PiS mit jeweils um die 25 % an der Spitze, gefolgt von „Selbstverteidigung“ mit um die 15 %, der national-katholischen Liga der Polnischen Familien mit um die 10 % und den Postkommunisten von der noch regierenden SLD, die sich ebenfalls auf ca. 10 % verbessert haben. Die anderen Parteien – Sozialdemokraten (SdPL), bäuerliche Volkspartei (PSL), Demokratische Partei (PD – früher Freiheitsunion) - befinden sich unter der fünf Prozentmarke und müssen sehr um den Einzug ins Parlament fürchten. Damit stabilisiert sich laut Umfragen die Tendenz zu einer klaren Regierungsmehrheit von PO und PiS, wobei wichtig sein wird, wer von beiden die Nase schließlich vorne hat.

Weißrussland: Gut 400.000 Polen (4,1 % der Gesamtbevölkerung) leben in Weißrussland überwiegend in den bis zum Jahre 1939 zu Polen gehörenden westlichen Verwaltungsbezirken Grodno und Brest. Die polnisch-weißrussischen Beziehungen befinden sich in einer **schweren Krise**. Die Drangsalierung der organisierten polnischen Minderheit, die mit der demokratischen Opposition verbunden ist, führte zu außenpolitischen Turbulenzen – u.a.

Ausweisung von Botschaftsangehörigen, Rückruf des polnischen Botschafters, Einreiseverweigerung von polnischen Europaabgeordneten der PO, darunter der Vizepräsident des Europaparlamentes, **Jacek Saryusz-Wolski**. Die PO legt besonderen Wert auf eine **gemeinsame polnische und deutsche Ostpolitik im Rahmen der EU**.

Verschärfung der polnisch-russischen Spannungen

Nachdem Anfang August drei russische Diplomatenkinder in Warschau gewalttätig angegriffen wurden, wofür der russische Präsident Putin eine Entschuldigung des polnischen Staates verlangte, der sein Bedauern darüber ausdrückte, schlugen in Polen die Wellen der Empörung hoch über mehrere gezielte Gewaltakte gegen polnische Diplomaten und Journalisten in Moskau. Der polnische Botschafter sprach von einer „andauernden Jagd auf Polen“, gegen die in einer offiziellen Note protestiert wurde. Mittlerweile hat sich die Situation nach einem Telefonat der Präsidenten Kwasniewski und Putin entspannt.

Mit Blick auf Deutschland werden in Polen alle Äußerungen genau wahrgenommen und begrüßt, die von Seiten der CDU/CSU auf eine sensiblere Ostpolitik einer neuen Bundesregierung hinweisen, die Polen und andere Staaten stärker mit einbezieht. Allerdings herrscht in Kommentaren auch eine gewissen Skepsis vor, inwieweit den Ankündigungen auch tatsächlich Taten folgen werden.

Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV)

Die Befürwortung des ZgV im Wahlprogramm der CDU und nachfolgende Äußerungen haben die Diskussion in Polen wieder entfacht. Der eindeutige **Tenor in Polen** ist, dass dieses Projekt den deutsch-polnischen Beziehungen schade. Diese Auffassung wird auch von der **PO** vertreten, die allerdings bestrebt ist, trotz des deutlichen Gegensatzes in dieser Angelegenheit, die grundlegenden politischen Gemeinsamkeiten mit den deutschen Christdemokraten herauszustellen. Den immer wieder geäußerten **Befürchtungen**, dass mit dem ZgV die Geschichte neu geschrieben und die Opferrolle Polens in den Hintergrund trete, hat **Angela Merkel** bei ihrem Besuch in Warschau mit entsprechenden Hinweisen auf den Umgang mit der Vergangenheit in Deutschland, das Konzept des ZgV und die Spielräume bei der Verwirklichung des Zentrums in einem europäischen Kontext entgegengewirkt. Bei dem Gespräch der Kanzlerkandidatin mit der PO war man sich einig, dass dieses Thema trotz der nach wie vor gegensätzlichen Sichtweise nicht die Partnerschaft belasten solle.